

**AfD Fraktion im Kreistag des Wetteraukreises**  
**Michael Kuger**  
Fraktionsvorsitzender der AfD-Kreistagsfraktion  
Europaplatz 1



**61169 Friedberg**

AfD Fraktion im Kreistag des Wetteraukreises, Europaplatz 1, 61169 Friedberg

Kreistag des Wetteraukreises  
Herrn Kreistagsvorsitzenden Armin Häuser  
Europaplatz

61169 Friedberg

**17. Dezember 2024**

**Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion „Unterstützung der Forderung des  
Präsidenten des Deutschen Landkreistages nach einer Entlastung der  
Kommunen“**

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,

wir bitten Sie, nachfolgenden Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 18.12.2024 zu nehmen.

**Der Kreistag möge beschließen:**

Der Kreistag unterstützt ausdrücklich die öffentlich erhobene Forderung von Achim Brötel, dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages, nach einer Entlastung der Kommunen durch eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer und eine Reform des Bürgergeldes.

**Begründung:**

Am 9. Dezember 2024 ist in der Online-Ausgabe der „WELT“ ein Pressebericht des Autors Nikolaus Doll mit dem Titel „Alarmruf aus Kommunen: „So etwas kann auf Dauer nicht gut gehen“ erschienen, der ein Interview mit dem Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Achim Brötel, zum Inhalt hat.

Darin beklagt sich der seit September 2024 amtierende Präsident über das - für das Kalenderjahr 2024 - vom Landkreistag prognostizierte Rekorddefizit für die Landkreise in Höhe von 2,6 Milliarden Euro („eine noch nie dagewesene Größe“), das er auf die („erdrückenden“) gesetzlich verordneten Ausgaben, insbesondere im Bereich des Sozialhaushalts, zurückführt.

Hieraus ergebe sich seiner Auffassung nach eine „dramatische Situation, die es noch nie gegeben hat“, wonach vier von fünf aller 294 Landkreise bundesweit „vor leeren Kassen“ stünden, sodass eine zunehmende Zahl nur noch dann die Pflichtaufgaben erfüllen könnten, wenn Kassenkredite aufgenommen werden („die Landkreise sind ausgepresst wie eine Zitrone“).

Folge sei die Genehmigung defizitärer Haushalte durch die Bundesländer („im Grunde ist dies eine Bankrotterklärung“).

Die Städte, Gemeinden und Landkreise erhielten gegenwärtig lediglich 14 Prozent der Steuereinnahmen, müssten jedoch 25 Prozent der Ausgaben bestreiten („wir brauchen deshalb dringend einen Systemwechsel“). Von der Umsatzsteuer würden den Kommunen nur rund zwei Prozent zugewiesen. Hierbei schlägt der Präsident des Deutschen Landkreistages eine Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer von knapp 8,2 Milliarden Euro auf mindestens 17,5 Milliarden Euro vor.

Zudem spricht er sich für eine Reform des Bürgergeldes aus, die zum einen dem Prinzip des „Förderns und Forderns“ angemessener Rechnung tragen und zum anderen die exklusive Privilegierung von Flüchtlingen aus der Ukraine beenden solle. Demnach sei es seiner Ansicht nach „richtig“, neu ankommenden Ukrainern genauso viel zu bezahlen wie allen anderen Kriegsflüchtlingen, und dabei „die Leistungen über die Bezahlkarte abzuwickeln“.

**Weitere Begründung mündlich.**

Mit freundlichen Grüßen

Michael Kuger  
Fraktionsvorsitzender der AfD im Kreistag Wetterau